

Leitfaden

1. Säule

AHV | IV | EO | EL | FZ

herausgegeben von der Informationsstelle AHV/IV

12. Auflage 2020

Verzeichnisse

1. Inhaltsverzeichnis

Verzeichnisse	5
1. Inhaltsverzeichnis	5
2. Abkürzungsverzeichnis	20
3. Internetverzeichnis	22
3.1 Allgemeine Seiten	22
3.2 Kantonale Gesetzessammlungen	23
Allgemeines	25
1. Änderungen	25
1.1 Änderungen per 2020	25
1.2 Revisionsprojekte	25
2. Geschichtlicher Überblick	27
2.1 Entstehung und Entwicklung der AHV	27
2.2 Entstehung und Entwicklung der IV	37
2.3 Entstehung und Entwicklung der EO	39
2.4 Entstehung und Entwicklung der EL	41
2.5 Entstehung und Entwicklung der FZ	44
3. Partnerschaftsgesetz (PartG)	45
4. Koordination zwischen den Versicherungszweigen	46
4.1 Allgemeines	46
4.2 Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG)	46
4.3 Koordination im internationalen Verhältnis	47
Anhang	
Sozialversicherungsabkommen	48

1.	Erfasste Personen	49
1.1	Allgemeines	49
1.2	Obligatorische Versicherung	49
1.21	Wohnsitz in der Schweiz	49
1.22	Erwerbstätigkeit in der Schweiz	50
1.23	Andere Personen	50
1.24	Asylsuchende	50
1.3	Ausnahmen von der obligatorischen Versicherung	50
1.31	Ausländer mit diplomatischen Vorrechten	50
1.32	Unzumutbare Doppelbelastung	51
1.33	Erfüllen der Versicherungsvoraussetzungen nur für eine verhältnismässig kurze Zeit	51
1.331	Nichterwerbstätige	51
1.332	Arbeitnehmende ohne beitragspflichtigen Arbeitgebenden	51
1.333	Selbständigerwerbende	52
1.4	Weiterführung der obligatorischen Versicherung	53
1.41	Arbeitnehmende	53
1.42	Nichterwerbstätige Studierende mit Wohnsitz im Ausland	55
1.5	Beitritt zur obligatorischen Versicherung	56
1.51	Wohnsitz in der Schweiz, aufgrund zwischenstaatlicher Vereinbarung aber nicht versichert	56
1.52	Internationale Beamte	57
1.53	Nichterwerbstätige, die ihren versicherten Ehegatten ins Ausland begleiten	57
1.6	Freiwillige Versicherung	58
1.7	Sozialversicherungsabkommen	59
1.71	Übersicht	59
1.72	Zweck und Koordinationsregeln	60
1.73	Entsandte Personen	61
1.74	Bilaterales Abkommen zwischen der Schweiz und der EU	61
1.75	EFTA-Übereinkommen	64
1.76	Abrechnung mit ausländischen Sozialversicherungsträgern	65
1.77	Ausnahmen von den Koordinationsregeln	65
2.	Beiträge der Versicherten und der Arbeitgebenden	66
2.1	Beitragspflicht der Versicherten	66
2.11	Übersicht	66
2.12	Erwerbstätige Versicherte	66
2.121	Beginn der Beitragspflicht	66
2.122	Ausnahmen	66
2.123	Ende der Beitragspflicht	67
2.13	Nichterwerbstätige Versicherte	67
2.131	Beginn der Beitragspflicht	67
2.132	Ausnahmen	67
2.133	Ende der Beitragspflicht	68
2.14	Zusammenfassung	68
2.2	Beiträge der erwerbstätigen Versicherten im Allgemeinen	69
2.21	Begriff des Erwerbseinkommens	69
2.22	Im Ausland erzielttes Erwerbseinkommen	69
2.23	Beiträge der erwerbstätigen Altersrentner	69

Invalidenversicherung (IV)	155
1. Zweck und Ausgestaltung	155
2. Versicherte Personen und Beitragspflicht	156
2.1 Versicherte Personen	156
2.2 Beitragspflicht	156
3. Voraussetzungen für den Leistungsbezug	157
3.1 Allgemeine Voraussetzungen	157
3.11 Arbeitsunfähigkeit	157
3.12 Erwerbsunfähigkeit	157
3.13 Invalidität	157
3.2 Versicherungsmässige Voraussetzungen	158
3.21 Angehörige von Staaten mit zwischenstaatlichen Vereinbarungen	158
3.22 Angehörige von Staaten ohne zwischenstaatliche Vereinbarungen	158
3.23 Flüchtlinge und Staatenlose	158
4. Früherfassung	159
4.1 Ziel	159
4.2 Voraussetzungen und Verfahren	159
5. Eingliederungsmassnahmen	160
5.1 Massnahmen der Frühintervention	160
5.2 Medizinische Massnahmen	161
5.21 Im Allgemeinen	161
5.22 Geburtsgebrechen	161
5.23 Umfang der Leistungen	161
5.3 Integrationsmassnahmen	161
5.4 Massnahmen beruflicher Art	162
5.41 Berufsberatung	162
5.42 Erstmalige berufliche Ausbildung	162
5.43 Umschulung	163
5.44 Arbeitsvermittlung	163
5.45 Arbeitsversuch	164
5.46 Einarbeitungszuschuss	164
5.47 Entschädigung für Beitragserhöhungen	164
5.48 Kapitalhilfe	164
5.5 Eingliederungsorientierte Rentenrevision	165
6. Hilfsmittel	166
6.1 Hilfsmittel im IV-Alter	166
6.2 Hilfsmittel im AHV-Alter	168
7. Reisekosten	168

1.	Kernfunktionen	197
1.1	Kernfunktion für Dienstleistende	197
1.2	Kernfunktion bei Mutterschaft	197
2.	Erfasste Personen	199
2.1	Allgemeines	199
2.2	Entschädigungsberechtigte Dienstleistende	199
2.3	Entschädigungsberechtigte Frauen	199
3.	Finanzierung	200
3.1	Allgemeines	200
3.2	Beitragspflicht	200
3.21	Unselbständigerwerbende	200
3.22	Nichterwerbstätige/Selbständigerwerbende/ANOBAG	200
3.3	Finanzlage der EO	200
3.4	Finanzfluss in der EO	200
4.	Leistungen	202
4.1	Leistungen für Dienstleistende	202
4.11	Allgemeines	202
4.12	Grundentschädigung	203
4.122	Ansätze	203
4.123	Bemessung	203
4.13	Kinderzulage	204
4.131	Anspruch	204
4.132	Ansatz	204
4.14	Zulage für Betreuungskosten	204
4.141	Anspruch	204
4.142	Ansatz	204
4.15	Betriebszulage	204
4.151	Anspruch	204
4.152	Ansatz	205
4.16	Höchstbetrag der Gesamtentschädigung	205
4.2	Leistungen bei Mutterschaft	205
4.21	Anspruchsvoraussetzungen	205
4.22	Dauer des Anspruchs	205
4.23	Höhe und Art der Entschädigung	206
4.24	Koordination: Zusammenfallen von Leistungen anderer Sozialversicherungen mit der Mutterschaftsentschädigung	206
4.25	Kantonale Leistungen bei Mutterschaft	206
4.3	Gemeinsame Bestimmungen zum Leistungsbezug	206
4.31	Anmeldung	206
4.32	Geltendmachung	208
4.33	Auszahlung	208
4.34	Beiträge an die AHV/IV/EO	208

1. Kernfunktionen der EL	219
1.1 Existenzsicherung als Kernziel	219
1.2 Bedarfsprinzip als Kerninstrument	219
1.3 Kaskade von Regelungen	219
1.4 EL waren früher kantonale Leistungen	220
1.5 EL sind heute eine Verbundaufgabe von Bund und Kantonen	220
1.6 EL dienen mehr und mehr der Pflegeheimfinanzierung	220
1.7 EL als rein steuerfinanziertes Bedarfsleistungssystem	220
2. Erfasste Personen	221
2.1 Karenzfristen für Ausländer	221
2.2 Abkommen mit der EU über die Personenfreizügigkeit	221
3. Finanzierung	222
3.1 Allgemeines	222
3.2 Über das ELG hinausgehende Leistungen der Kantone	222
4. Leistungen	223
4.1 Leistungspalette	223
4.2 Jährliche Ergänzungsleistung	223
4.21 Jährlich ändernde Werte	223
4.22 Anrechenbare Einnahmen	223
4.221 Vermögensverzehr	224
4.222 Vermögensverzicht	225
4.223 Einkommensverzicht	225
4.23 Anerkannte Ausgaben	226
4.231 Person lebt zu Hause	226
4.232 Person lebt im Heim	227
4.24 Ehepaare in der EL	227
4.25 Mindesthöhe der jährlichen EL	228
4.26 Weitere Einzelheiten der Anspruchsvoraussetzungen	228
4.27 Beginn und Ende des Anspruchs auf jährliche EL	228
4.3 Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten	228
4.31 Leistungen der EL	229
4.32 Übernahme von Krankheitskosten trotz Einnahmenüberschuss bei der jährlichen EL	229
4.4 Befreiung von Radio- und Fernsehabgaben	229
4.5 Kollektive Leistungen	230
4.51 Grundsatz	230
4.52 Gewährung der Leistungen	230
4.53 Durchführung	230
5. Organisation	231
5.1 Verknüpfung ELG – AHVG – ATSG	231
5.2 Durchführungsorgane	231
5.3 Aufsicht des Bundes	231

1. Übersicht	243
1.1 Zweck der Familienzulagen	243
1.2 Bezügergruppen	243
1.21 Arbeitnehmende ausserhalb der Landwirtschaft	243
1.22 Selbständigerwerbende ausserhalb der Landwirtschaft	243
1.23 Nichterwerbstätige	244
1.24 Personen, die in der Landwirtschaft tätig sind	244
1.25 Zusammenfassung	244
2. Anspruch auf Familienzulagen	245
2.1 Arten und Ansätze der Familienzulagen	245
2.11 Mindestanspruch gemäss FamZG	245
2.12 Begriff der Ausbildung	245
2.13 Zulagen in den einzelnen Kantonen	245
2.2 Kinder, für die ein Anspruch auf Familienzulagen besteht	245
2.3 Kinder im Ausland	246
2.31 Ansprüche aus Abkommen	247
2.32 Kaufkraftbereinigte Ansprüche ohne Abkommen	248
2.4 Besonderheiten beim Anspruch von Arbeitnehmenden	248
2.41 Nur ganze Zulagen, keine Teilzulagen	248
2.42 Anspruch bei Arbeitsverhinderung, unbezahltem Urlaub und Tod	248
2.5 Besonderheiten beim Anspruch von Selbständigerwerbenden	249
2.6 Besonderheiten beim Anspruch von Nichterwerbstätigen	249
3. Koordination	250
3.1 Verbot des Doppelbezugs	250
3.2 Anspruchskonkurrenz	250
3.3 Differenzzahlung	251
3.4 Internationale Koordination	251
3.5 Koordination mit Leistungen anderer Sozialversicherer	252
4. Finanzierung	253
4.1 Familienzulagen für Erwerbstätige	253
4.11 Übersicht	253
4.12 Beiträge	253
4.13 Schwankungsreserve	253
4.14 Lastenausgleich	253
4.2 Familienzulagen für Nichterwerbstätige	254
5. Familienausgleichskassen (FAK)	255
5.1 Zugelassene FAK	255
5.2 Aufgaben	255
5.3 Zuständigkeit	255
5.31 Arbeitgebende und ihre Arbeitnehmenden	255
5.32 Selbständigerwerbende	255
5.33 Arbeitnehmende ohne beitragspflichtigen Arbeitgebenden	256
5.34 Nichterwerbstätige	256

Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)

1. Erfasste Personen

1.1 Allgemeines

Die AHV als bedeutendster Zweig der schweizerischen Sozialversicherung hat die sozialpolitische Aufgabe, den wegen Alter oder Tod zurückgehenden oder dahinfallenden Arbeitsverdienst wenigstens teilweise zu ersetzen. Sie umfasst die ganze Bevölkerung der Schweiz und ist somit eine allgemeine und obligatorische Volksversicherung, die vor allem durch Beiträge der Versicherten, der Arbeitgebenden, der öffentlichen Hand (Bund) und zweckgebundenen Erträgen aus der Mehrwertsteuer finanziert wird. Jedermann ist verpflichtet, die gesetzlich vorgeschriebenen Beiträge zu entrichten und hat andererseits einen Rechtsanspruch auf die gesetzlich festgelegten Leistungen. Diese haben seit der achten AHV-Revision in vielen Fällen den Charakter von existenzsichernden Leistungen, bedürfen aber noch der Ergänzung durch Leistungen der beruflichen Vorsorge (2. Säule) und allenfalls der Selbstvorsorge (3. Säule). Ferner sei auf den Abschnitt über die Ergänzungsleistungen verwiesen.

Die nachfolgenden Regelungen sind geschlechtsneutral. Das heisst, sie gelten für Männer und Frauen gleichermassen. Jede Person muss für sich die Voraussetzungen für die Versicherung erfüllen. Dies gilt insbesondere auch für Ehepaare. Wenn ein Ehepartner die Versicherungsvoraussetzungen erfüllt, überträgt sich dies nicht automatisch auf den anderen Ehepartner. So sind zum Beispiel Ehepartner von Grenzgängern nicht in der AHV versichert, es sei denn, sie erfüllen selbst eine der Versicherungsvoraussetzungen.

1.2 Obligatorische Versicherung

(Art. 1a Abs. 1 AHVG)

Unter einer obligatorischen Versicherung wird ein System verstanden, in welchem kraft Gesetzes ein Zwang zur Versicherung besteht (im Ausland auch Pflichtversicherung genannt). Das heisst, der Wille oder die individuellen Bedürfnisse des einzelnen Versicherten sind ohne Bedeutung. Allein das Gesetz bestimmt, wer Beiträge zu entrichten und Anspruch auf Leistungen hat. In diesem Sinne obligatorisch versichert sind Personen, ungeachtet ihrer Nationalität, die eine der folgenden Voraussetzungen erfüllen:

1.21 Wohnsitz in der Schweiz

(Art. 1a Abs. 1 Bst. a AHVG)

Das AHVG kennt keinen eigenen Wohnsitzbegriff; es stellt auf die zivilrechtliche Ordnung ab (Art. 1 AHVG i.V.m. Art. 13 ATSG). Die Frage des Wohnsitzes in der Schweiz ist daher nach den Bestimmungen des Zivilgesetzbuches zu prüfen (Art. 23–26 ZGB).

Als zivilrechtlicher Wohnsitz gilt der Ort, an dem sich eine Person mit der Absicht des dauernden Verbleibens aufhält (mit anderen Worten: den Ort, den sie zu ihrem Lebensmittelpunkt macht). Niemand kann an mehreren Orten zugleich Wohnsitz haben, und der einmal begründete Wohnsitz bleibt bis zum Erwerb eines neuen bestehen.

Beispiel

Vreni Muster, wohnhaft in Zürich, ist Hausfrau und übt keine Erwerbstätigkeit aus. Sie ist aufgrund ihres Wohnsitzes in der Schweiz obligatorisch versichert.

2. Beiträge der Versicherten und der Arbeitgebenden

2.1 Beitragspflicht der Versicherten

(Art. 3 AHVG)

2.11 Übersicht

Die Frage der Beitragspflicht stellt sich nur für Personen, die in der AHV versichert sind. Wer keine der Versicherungsvoraussetzungen erfüllt, kann und muss keine Beiträge entrichten. Die Höhe der Beiträge wird von Gesetz und Verordnung vorgeschrieben. Der Beitragspflichtige kann sie nicht selbst bestimmen, insbesondere kann er nicht freiwillig höhere Beiträge bezahlen, um seine Rentenansprüche zu verbessern.

Nicht alle Versicherten müssen Beiträge bezahlen. Das Gesetz unterscheidet bei Beginn und Ende der Beitragspflicht zwischen erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Versicherten.

Die Bestimmungen im Einzelnen:

2.12 Erwerbstätige Versicherte

2.121 Beginn der Beitragspflicht

Die Erwerbstätigen entrichten Beiträge vom 1. Januar des Kalenderjahres an, welches der Vollendung des 17. Altersjahres folgt. Im Jahre 2002 geborene Versicherte wurden somit am 1. Januar 2020 beitragspflichtig.

2.122 Ausnahmen

Erwerbstätige Kinder (Art. 3 Abs. 2 Bst. a AHVG)

Bis zum 31. Dezember 1956 war die untere Altersgrenze auf den 1. Januar nach Vollendung des 15. Altersjahres festgelegt. Sie wurde bei der Einführung der AHV im Jahre 1948 mit dem damaligen Fabrikgesetz koordiniert, welches die entlohnte Beschäftigung von Jugendlichen unter 15 Jahren untersagte. Seit 1957 gilt die Vollendung des 17. Altersjahres als Untergrenze.

Mitarbeitende Familienglieder ohne Barlohn (Art. 3 Abs. 2 Bst. d und Art. 5 Abs. 3 AHVG)

Für mitarbeitende Familienglieder, die keinen Barlohn beziehen, beginnt die Beitragspflicht drei Jahre später, nämlich am 1. Januar des Kalenderjahres, welches der Vollendung des 20. Altersjahres folgt.

Es geht hier um Jugendliche zwischen dem 17. und 20. Altersjahr, welche im elterlichen Betrieb mitarbeiten, dafür aber keinen Barlohn erhalten. Ebenso haben mitarbeitende Familienglieder im Rentenalter auf dem Naturallohn keine Beiträge zu entrichten. Einerseits würden sich bei der Festsetzung der Qualität und Quantität und damit dem «Wert» der Mitarbeit grosse Schwierigkeiten ergeben, andererseits wollte man den bürgerlichen und gewerblichen Verhältnissen Rechnung tragen. Verheiratete (ungeachtet ihres Alters), die im Betrieb ihres Ehepartners mitarbeiten, entrichten nur auf dem Barlohn Beiträge.

Als mitarbeitende Familienglieder gelten

- die Ehefrau des Betriebsinhabers;
- der Ehemann der Betriebsinhaberin;
- die Verwandten des Betriebsinhabers bzw. der Betriebsinhaberin und seiner Ehefrau bzw. ihres Ehemannes in auf- und absteigender Linie sowie deren Ehepartnerinnen und Ehepartner;
- die Geschwister des Betriebsinhabers bzw. der Betriebsinhaberin sowie deren Ehepartnerinnen und Ehepartner;
- die Pflegekinder des Betriebsinhabers bzw. der Betriebsinhaberin unter der Voraussetzung, dass sie mit diesem bzw. dieser in einer Hausgemeinschaft leben.

Beispiele

Hans Muster, 19 Jahre alt, arbeitet im Malerbetrieb seines Vaters. Er hat zu Hause freie Verpflegung und Unterkunft (Kost und Logis), erhält aber keinen Barlohn. Er bleibt bis zum 31. Dezember nach Vollendung seines 20. Altersjahres von der Beitragspflicht befreit. Würde ihm sein Vater neben Kost und Logis auch noch einen Barlohn auszahlen, müsste er auf diesem Barlohn ab 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres Beiträge entrichten.

Paul Muster ist 67 Jahre alt und arbeitet auf dem Hof seines Sohnes mit. Neben dem Barlohn erhält er auch Verpflegung und Unterkunft auf dem Hof. Die Naturalleistung (Verpflegung und Unterkunft) gehört nicht zum beitragspflichtigen Einkommen, da Paul Muster die ordentliche Altersgrenze bereits überschritten hat.

2.123 Ende der Beitragspflicht

Die Beitragspflicht für Erwerbstätige dauert grundsätzlich bis zur Aufgabe der Erwerbstätigkeit. Das heisst, auch Erwerbstätige im Rentenalter haben Beiträge zu bezahlen. Allerdings gilt für sie ein Freibetrag (s. Kap. 2.23).

2.13 Nichterwerbstätige Versicherte

2.131 Beginn der Beitragspflicht

Die Nichterwerbstätigen entrichten Beiträge vom 1. Januar des Kalenderjahres an, welches der Vollendung des 20. Altersjahres folgt. Im Jahre 1999 geborene Versicherte wurden somit am 1. Januar 2020 beitragspflichtig.

Die Beitragspflicht der Erwerbstätigen beginnt also drei Jahre früher als die der Nichterwerbstätigen. Diese drei Jahre bezeichnet man als Jugendjahre. Wenn im Versicherungsverlauf ab dem 21. Altersjahr bis zur Leistungsberechnung Beitragslücken auftreten, können sie unter Umständen mit diesen Jugendjahren ausgeglichen werden. In der Regel handelt es sich bei den in den Jugendjahren bezahlten Beiträgen aber um reine Solidaritätsbeiträge, die keinen Einfluss auf den individuellen Rentenanspruch haben (vgl. Kap. 4.422).

2.132 Ausnahmen

Ehepartner (Art. 3 Abs. 3–4 AHVG)

Ist ein Ehepartner im AHV-rechtlichen Sinn erwerbstätig (s. Tabelle in Kap. 2.63), so gelten die Beiträge des anderen, nichterwerbstätigen Ehepartners als bezahlt, wenn der erwerbstätige Partner den doppelten Mindestbeitrag entrichtet hat. Den doppelten Mindestbeitrag deshalb, weil nach dem Splitting für jeden Ehepartner der einfache Mindestbeitrag bezahlt sein muss (vgl. Kap. 4.432). Die Beiträge des nichterwerbstätigen Ehepartners gelten auch dann als bezahlt, wenn der erwerbstätige Ehepartner bereits eine Altersrente bezieht oder aufschiebt. Im Jahr der Schliessung oder Auflösung der Ehe gilt die Beitragsbefreiung für das ganze Kalenderjahr.

Beispiele

Hans Muster ist Hausmann und erzielt kein Erwerbseinkommen. Seine Ehefrau Vreni Muster arbeitet ganztags als Lehrerin. Die Nichterwerbstätigenbeiträge von Hans Muster gelten als bezahlt, weil Vreni Muster im AHV-rechtlichen Sinn erwerbstätig ist und zusammen mit ihrem Arbeitgebenden den doppelten Mindestbeitrag bezahlt.

Paul Muster war bis zur Vollendung des 65. Altersjahres voll erwerbstätig und bezahlte den doppelten Minimalbeitrag. Jetzt ist er pensioniert und erzielt kein Erwerbseinkommen mehr. Seine Ehefrau Maria führt den Haushalt und ist fünf Jahre jünger, hat das ordentliche Rentenalter also noch nicht erreicht. Bis jetzt galten die Nichterwerbstätigenbeiträge von Maria Muster als bezahlt, weil Paul Muster erwerbstätig war und den doppelten Mindestbeitrag entrichtet hat. Nachdem Paul Muster nun seine Erwerbstätigkeit aufgegeben hat, muss Maria Muster als Nichterwerbstätige ihre Beitragspflicht selbst erfüllen.

Anhang 1

Sinkende Beitragsskala für Selbständigerwerbende (gültig seit 2020)

Jährliches Erwerbseinkommen		Beitragssatz			
<i>von mindestens</i>	<i>aber weniger als</i>	<i>AHV</i>	<i>IV</i>	<i>EO</i>	<i>Total</i>
Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
	9'500	409	66	21	496
	Fr.	%	%	%	%
9'500	17'300	4,35	0,752	0,242	5,344
17'300	20'900	4,45	0,769	0,247	5,466
20'900	23'300	4,55	0,786	0,253	5,589
23'300	25'700	4,65	0,804	0,258	5,712
25'700	28'100	4,75	0,821	0,264	5,835
28'100	30'500	4,85	0,838	0,269	5,957
30'500	32'900	5,05	0,873	0,281	6,204
32'900	35'300	5,25	0,907	0,292	6,449
35'300	37'700	5,45	0,942	0,303	6,695
37'700	40'100	5,65	0,977	0,314	6,941
40'100	42'500	5,85	1,011	0,325	7,186
42'500	44'900	6,05	1,046	0,336	7,432
44'900	47'300	6,35	1,098	0,353	7,801
47'300	49'700	6,65	1,149	0,369	8,168
49'700	52'100	6,95	1,201	0,386	8,537
52'100	54'500	7,25	1,253	0,403	8,906
54'500	56'900	7,55	1,305	0,419	9,274
56'900		8,10	1,400	0,450	9,950

Sinkende Beitragsskala (Art. 8 und 9^{bis} AHVG, Art. 21 AHVV; Art. 3 Abs. 1 IVG, Art. 1^{bis} Abs. 1 IVV; Art. 27 Abs. 2 Satz 5 EOG, Art. 36 Abs. 1 EOV).

Register

A

Abrechnungsperiode AHV 2.822
Abruf der Altersrente AHV 4.33
Adoptionszulage FZ 2.13
AHV/IV-Kommission AHV 6.52
AHV-Ausweis AHV 2.91
AHV-Nummer AHV 2.93
Akontobeiträge und Ausgleich
– Arbeitgebende AHV 2.37
– Nichterwerbstätige AHV 2.66
– Selbständigerwerbende AHV 2.54
Altersrente
– Anspruch AHV 4.11
– Berechnung AHV 4.51
– Zusammenfallen mit Witwen-/
Witwerrente AHV 4.54
Amortisationsbeiträge IV 6.1
Anders geartete Naturaleinkommen
AHV 2.353
Anerkannte Ausgaben EL 4.23
Anmeldung EL 6.1; EO 4.3; FZ 6.1, 7.62;
IV 14.11
Anrechenbare Einnahmen EL 4.22
Anspruchsbegründende Kinder FZ 2.2
Anspruchskonkurrenz FZ 3.2
Arbeitgebende
– Begriff AHV 2.31
– Beitragsabrechnung AHV 2.37
– Beitragspflicht AHV 2.31
– Beitragszahlung AHV 2.37
– Durchführungsorgan AHV 6.1; IV 13.3
– Haftung AHV 2.39; FZ 6.5
– massgebender Lohn s. dort
Arbeitgeberhaftung AHV 2.39; FZ 6.5
Arbeitnehmende
– Abgrenzung zu Selbständigerwerbenden
AHV 2.32
– Begriff AHV 2.32
– Familienzulagen FZ 1.21
– massgebender Lohn s. dort
**Arbeitnehmende ohne beitrags-
pflichtigen Arbeitgeber** AHV 2.4
Arbeitslosenversicherung AHV 2.3
Arbeitsunfähigkeit IV 3.11
Arbeitsverhinderung FZ 2.42
Arbeitsvermittlung IV 5.44
Arbeitsversuch IV 5.45
Arbeitsvertrag, Familienzulagen FZ 8

Armee, EO-Anspruch EO 2.2
Assistenzbeitrag
– der AHV AHV 4.8
– der IV IV 11
Assistenzpersonen IV 11.4
Asylsuchende AHV 1.24
ATSG Allg. 4.2
Aufgabenbereich IV 9.22
Aufrechnung der persönlichen Beiträge
AHV 2.527
Aufschub der Altersrente AHV 4.33
Aufsicht AHV 6.5; IV 13.5; EL 5.3; EO 5.3
Aufwertungsfaktor AHV 4.432
Ausbildung
– Begriff FZ 2.12
– im Ausland FZ 2.3
– Unterbruch FZ 2.12
Ausbildungszulage FZ 2.11, 7.22
Ausgeglichener Arbeitsmarkt
IV 3.12, 9.21
Ausgleich s. Akontobeiträge und Ausgleich
Ausgleichsfonds AHV 3.2, 6.53
Ausgleichskassen AHV 6.3; IV 13.2
**Ausländer mit diplomatischen Vorrech-
ten** AHV 1.31
Ausserordentliche Rente
– der AHV AHV 4.2
– der IV IV 9.64
Auszahlung
– EO 4.33
– Familienzulagen FZ 6.2–6.3, 7.63
– Invalidenrente IV 9.10
Auszug aus dem Individuellen Konto
AHV 2.942

B

Bedarfsleistungssystem EL 1.7
Bedarfsprinzip EL 1.2
Behinderungskosten EL 4.3
Beitragsdauer
– Beitragspflicht AHV 2.12–2.14
– Rentenberechnung AHV 4.42
Beitragspflicht
– Arbeitgebende AHV 2.31
– EO EO 3.2
– Erwerbstätige AHV 2.12
– Familienzulagen FZ 4.12, 7.5
– IV IV 2.2